



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

09.5219.03

PD/P095219

Basel, 17. Oktober 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 16. Oktober 2010

Anzug Christine Wirz-von Planta betreffend Konzept zur Schaffung eines mehrkantonalen Raums Nordwestschweiz

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 18. November 2009 den nachstehenden Anzug Christine Wirz-von Planta und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

Der Kanton Basel-Stadt ist mit Blick auf die wahrscheinliche Entstehung eines grösseren politischen Raumes in der Ostschweiz und eines wirtschaftlichen Zweckverbundes in der Westschweiz früher oder später in einer wenig komfortablen Situation. Die Systemgrenzen des Stadtkantons sind zu eng, um alle wichtigen Staatsaufgaben auch in der nahen und fernen Zukunft allein zu bewältigen. Die enge Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft zeigt, dass beide profitieren, wenn im Gesundheitswesen, im Hochschulbereich etc. kooperiert wird. Doch auch diese gute Partnerschaft dürfte nicht dieselben Vorteile zeitigen, wie die grösseren Konglomerate, die offenbar im Westen und im Osten in Entstehung sind. Der Kanton Basel-Stadt muss sich auch in ein umfassenderes Gebilde einbringen können, um nicht Nachteile gewärtigen zu müssen.

Die Regierung wird gebeten, zu prüfen und zu berichten:

- ob ein Konzept erstellt werden kann, das zur Schaffung eines mehrkantonalen Raumes Nordwestschweiz führt. Dieses müsste die Vorteile für alle potenziellen Partnerkantone beschreiben und die Bereiche bezeichnen, die prioritär auf win-win-Potenzial überprüft werden müssten.

Christine Wirz-von Planta, Heiner Vischer, Conradin Cramer, Thomas Strahm

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Mit dem Schreiben an den Grossen Rat vom 4. August 2010 hat der Regierungsrat ein erstes Mal in dieser Sache berichtet und dem Grossen Rat beantragt, den Anzug stehen zu lassen, um nach erfolgter Bildung der Metropolitankonferenz Basel erneut Stellung beziehen zu können. Mit Beschluss Nr. 10/36/2.71G vom 8. September 2010 folgte der Grosse Rat die-

sem Antrag und bat den Regierungsrat, innerhalb von zwei Jahren erneut über dieses Geschäft zu berichten.

1. Zusammenfassung der ersten Berichterstattung

Im überwiegenden Einklang mit den massgebenden Stellungnahmen aus Bund (ARE) und Kantonen (KdK, TAK) brachte der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zum Ausdruck, dass er die kurz- und mittelfristigen Erfolgsaussichten für eine Gebietsreform in der NWCH als gering einschätzt und deshalb dem Ausbau von Kooperationsgeflechten ohne Territorialreformen, wie er von den Anzugstellern postuliert wird, den Vorrang einräumt. Dies sollte unter anderem auch durch die Bildung einer Konferenz für den Metropolitanraum Basel geschehen, an der die wichtigsten trinationalen Akteure aus staatlichen Institutionen (Kantone, Gemeinden) sowie aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft teilnehmen. Diese Akteure sollten die Synergien aus bestehenden Strukturen besser nutzen, gemeinsame Strategien für die NWCH erarbeiten und diesen mit Blick in Richtung Bern sowie zum Wohle der Bevölkerung, die im funktionalen Grossraum Basel arbeitet und lebt, verstärkt zum Durchbruch verhelfen.

2. Die Metropolitankonferenz Basel

Der Regierungsrat hielt in seinem oben erwähnten Bericht vom 4. August 2010 fest, dass der Anzug von Christine Wirz-von Planta und Konsorten bei ihm auf Wohlwollen stösst. Er ging dabei davon aus, dass durch die geplante Bildung einer Metropolitankonferenz dem von der Anzugstellerin erwünschten Konzept für einen mehrkantonalen NWCH-Raum Rechnung getragen werden kann. In der Zwischenzeit hat die Metropolitankonferenz Basel zweimal erfolgreich getagt, so dass der Regierungsrat an dieser Stelle gerne wie folgt darüber berichten kann:

Der Metropolitanraum Basel ist einer von drei Metropolitanräumen der Schweiz. Er erstreckt sich über die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Jura, Solothurn und Aargau und auf trinationaler Ebene in die angrenzenden Gebiete in Deutschland und Frankreich. Mit der Metropolitankonferenz Basel werden die Kräfte in diesem Raum über die traditionelle politische Zusammenarbeit hinaus gebündelt. Die Plattform versammelt Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie bezweckt die gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Bund und anderen Regionen in Kernthemen von besonderer Bedeutung für den Metropolitanraum. Die Konferenz bindet die bestehenden Hauptakteure aus den Bereichen Politik (Kantone und Gemeinden) sowie der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft ein.

Die Konferenz stellt in diesem Sinn keine neue Struktur dar, sondern schafft im Gegenteil einen Anreiz, um die Kräfte in unserer Region zu bündeln und möglichst geeint nach aussen aufzutreten. Inhaltlich fokussiert sie sich ausschliesslich auf Themen und Aufgaben, die gegenüber dem Bund ein gemeinsames Vorgehen oder im internationalen Vergleich eine Kooperation mit anderen Metropolitanräumen verlangen. Nachdem die Metropolitankonferenz an den ersten beiden Treffen vom 16. Januar 2012 im Kanton Basel-Landschaft und vom 8. Juni 2012 im Kanton Aargau bereits eine Botschaft zum Themenbereich Verkehr und eine

Stellungnahme zur Botschaft des Bundesrates über Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2013–16 verabschiedet hat, sieht sie für das dritte Treffen per Ende 2012 in Basel die Verabschiedung von zwei weiteren gemeinsamen Stellungnahmen zu den Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie sowie zur Stärkung der Rheinschifffahrt und der Hafenentwicklung vor.

Zu den beiden erstgenannten Botschaften können insofern Erfolge vermeldet werden, als dass die eidgenössischen Räte in den bisherigen Sessionen des Jahres 2012 den gemeinsam mit der Metropolitankonferenz Zürich gestellten Hauptforderungen zur BFI-Botschaft nachgekommen sind und der Ständerat betreffend den Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz dem Wunsch der MKB gefolgt ist, den Preis der Autobahnvignette auf CHF 100 zu erhöhen (entspricht einer von mehreren Forderungen aus der MKB-Verkehrsbotschaft). Des Weiteren konnten im Rahmen der MKB-Bildung diverse Strukturen gestrafft und die Effektivität einzelner Institutionen erhöht werden.

3. Fazit

Wie im Legislaturplan 2009-13 festgehalten, stellt es ein vorrangiges Ziel des Regierungsrates dar, die regionale Kooperation innerhalb der Nordwestschweiz und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein weiter zu intensivieren. Er begrüsst dabei die jüngst durch entsprechende Initiativen in die Wege geleiteten Diskussionsoptionen für diverse Fusions- und Zusammenarbeitsszenarien in unserer Region, möchte das oben erwähnte Legislaturziel aber kurz- und mittelfristig in erster Linie durch eine weitere Stärkung der Metropolitankonferenz Basel und einer damit verbundenen verbesserten Interessensvertretung in Bundesbern weiterverfolgen. Aus Sicht des Regierungsrates werden die bestehenden Strukturen und Plattformen dem Anliegen der Antragsteller weitestgehend gerecht, weshalb diesbezüglich kein weiterer Handlungsbedarf mehr besteht.

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend einem Konzept zur Schaffung eines mehrkantonalen Raums Nordwestschweiz abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin